



EUROPEAN CENTRE
FOR SOCIAL WELFARE POLICY AND RESEARCH
AFFILIATED TO THE UNITED NATIONS

EUROPÄISCHES ZENTRUM
FÜR WOHLFAHRTSPOLITIK UND SOZIALFORSCHUNG
IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEN VEREINigten NATIONEN

CENTRE EUROPÉEN
DE RECHERCHE EN POLITIQUE SOCIALE
AFFILIÉ AUX NATIONS UNIES

Buchpräsentation des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

Kinderbetreuungsplätze in Österreich. „Fehlen keine oder bis zu 650.000?“. Bedarfsanalysen im Auftrag der Industriellenvereinigung

Einem ausreichenden und nachfragegerechten Angebot an **Kinderbetreuungseinrichtungen** kommt im Zusammenhang mit der Ermöglichung von Wirtschaftswachstum, Beschäftigung sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine wichtige **Rolle** zu. Das quantitative und qualitative Defizit an Betreuungseinrichtungen zu beseitigen stellt somit nicht nur ein familienpolitisches Ziel dar, es dient auch der Herstellung von Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und der Steigerung der Erwerbsbeteiligung, die sowohl aus ökonomischer als auch gesellschafts- und sozialpolitischer Perspektive eines der wichtigsten Elemente einer nachhaltigen Sicherung der Finanzierung der Sozialsysteme ist. Eine höhere Beitragsorientierung bzw. eine verstärkte versicherungsmathematische Komponente der Pensionssysteme erhöht auch generell die Bedeutung einer kontinuierlichen, längeren und gut honorierten Erwerbsbiographie für Frauen, um Einkommensarmut im Alter zu vermeiden. Schließlich kann eine flächendeckende außerhäusliche Kinderbetreuung – vgl. das Beispiel Frankreich – unter Umständen auch zu höheren Geburtenraten beitragen.

Grundsätzlich gehört die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen in Österreich zu jenen Themen, die mit unterschiedlichsten Zahlen belegt werden. Das **Hauptziel der Studie** war daher die Bereitstellung eines Überblicks sowohl hinsichtlich des Status Quo als auch des Bedarfs, der im Wege einer umfassenden Literaturanalyse und einer Sekundäranalyse von Mikrozensusdaten erstellt wurde. Ergänzend wurde anhand einer Modellrechnung eine Abschätzung des Bedarfs an Kinderbetreuungsplätzen unter Heranziehung des normativen Barcelona-Ziels der EU für 2010 sowie von aktuellen Betreuungsquoten in Schweden und Frankreich als möglichen Referenz- oder Sollwerten geleistet.

Status Quo 2005

Auf der Basis von fortgeschriebenen bzw. ergänzten Daten aus den Jahren 2003 und 2004 werden im Jahr **2005** insgesamt rund 351.000 Kinder unter 15 Jahren (**Betreuungsquote** 27%) betreut. Getrennt **nach Altersgruppen** betrifft dies

- 28.000 unter 3-Jährige (Betreuungsquote 12%),
- 204.000 3- bis 5-Jährige (Betreuungsquote 86%) und
- 120.000 6- bis 14-Jährige (Betreuungsquote 14%).

Betrachtet **nach Bundesländern** liegt Wien mit einer Betreuungsquote von 44% an der Spitze, mit Abstand folgen Vorarlberg mit 28% und Burgenland sowie Niederösterreich mit jeweils 26%. Die geringsten Quoten finden sich in der Steiermark und in Tirol mit jeweils 21%.

In den **letzten Jahren** wurden insbesondere für Kleinkinder und SchülerInnen **Verbesserungen** des Betreuungsangebots erzielt. In **Zukunft** ist bei den **Betreuungsplätzen in Schulen** ein weiterer **Zuwachs** zu erwarten, da ab dem Schuljahr 2006/07 jede Schule ab einem angemeldeten Bedarf von 15 SchülerInnen grundsätzlich verpflichtet ist, eine Tagesbetreuung einzurichten.

Im **OECD-Vergleich** liegt Österreich bei den Betreuungsquoten bei den unter 3-Jährigen hingegen nach wie vor im unteren Drittel (auf das Barcelona-Ziel von 33% fehlen rund 50.000 Plätze), bei den 3- bis 5-Jährigen immerhin im mittleren Bereich (auf das Barcelona-Ziel von 90% fehlen rund 10.000 Plätze). Unterentwickelt ist die Nachmittagsbetreuung von Schulkindern, wo Österreich neben den skandinavischen und den angelsächsischen Ländern auch einigen südeuropäischen Ländern hinterher hinkt.

Öffnungszeiten, Kosten, Erwerbstätigkeit

Zudem sind bei den **Öffnungszeiten** zum Teil gravierende Mängel zu verorten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschweren wenn nicht sogar verunmöglichen: so halten lediglich 42% der Kindertagesheime in Österreich bis mindestens 17.00 Uhr offen. Bei den Kindergärten sind dies sogar nur 25%, während 28% bereits vor 14.00 Uhr schließen. 45% der Kindertagesheime (Kindergärten: 59%) sind mindestens 9 Wochen im Jahr geschlossen, durchschnittlich weisen sie 35 Schließtage auf (Kindergärten: 42). Insgesamt zeigt sich deutlich, dass sich Kindergärten als die einzige Betreuungsform, bei der das quantitative Angebot auch außerhalb von Wien als mehr oder weniger flächendeckend bezeichnet werden kann, bei der Anwendung von qualitativen Kriterien als eher mangelhaft erweisen. Als besonders prekär ist die diesbezügliche Situation in der Steiermark (nur Daten für tägliche Öffnungszeiten), in Tirol und in Vorarlberg zu werten.

Die Öffnungszeiten, insbesondere am Nachmittag sowie die Schließzeiten in den Ferien, stehen auch im Mittelpunkt der **Kritik** der im Rahmen des Mikrozensus' befragten **Eltern**. Insgesamt wird für 15% oder 52.000 betreute Kinder unter 15 Jahren ein diesbezüglicher Änderungswunsch geäußert. Die größte relative Unzufriedenheit (18%) wird bei den 3- bis 5-Jährigen angegeben.

In Österreich werden in erster Linie Kinder mit berufstätigen Müttern betreut (62% aller Kinder in Kindertagesheimen), ebenso steigt die Betreuungsquote mit zunehmender **Erwerbstätigkeit der Mutter**. Umgekehrt verfügen jedoch über 50.000 Kinder unter 3 Jahren und über 5.000 Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren trotz berufstätiger Mutter über keinen Betreuungsplatz. Über alle Kinder unter 15 Jahren mit einer voll erwerbstätigen Mutter gesehen werden sogar beinahe 200.000 nicht außerhäuslich betreut.

Die Analyse nach dem **Bildungsstatus der Mutter** ergibt unter Umständen einen Hinweis auf einen erschwerten Zugang zu Kinderbetreuung von benachteiligten Gruppen: während 29 bis 30% der Kinder mit einer Mutter mit dem Bildungsstatus höhere Schule oder Hochschule betreut werden, trifft dies bei Kindern mit einer Mutter mit lediglich Pflichtschul- oder Lehrausbildung in nur 24 bis 25% der Fälle zu. Für rund 13.000 betreute Kinder wird die

genutzte Einrichtung laut Mikrozensus-Erhebung auch als zu teuer empfunden, weiters wird für rund 17.000 nicht betreute Kinder der **finanzielle Aspekt** als Grund hierfür angegeben. In etwas verstärktem Ausmaß werden für Kinder mit einer Mutter mit lediglich Pflichtschul- oder Lehrausbildung bzw. für Kinder mit arbeitsloser Mutter oder arbeitslosem Vater zu hohe Kosten als Grund für die Nicht-Betreuung geäußert. Im internationalen Vergleich ist Kinderbetreuung in Österreich jedoch für alle Bevölkerungsschichten als im Großen und Ganzen leistbar zu bezeichnen (Eltern mit sehr niedrigen Einkommen sind weitgehend von Beiträgen befreit, und auch Vollzahler müssen nicht mehr als etwa ein Viertel eines durchschnittlichen Nettoeinkommens für die ganztägige Betreuung von zwei Kindern bezahlen). Allerdings wäre es bei einem weiteren Ausbau von Betreuungseinrichtungen im Sinne einer effizienten Nutzung öffentlicher Ressourcen denkbar, Überlegungen zu höheren, quasi progressiven Eigenbeiträgen von Besserverdienenden anzustellen.

Bedarf

Hinsichtlich des eigentlichen **Bedarfs** an Kinderbetreuungsplätzen ist aufgrund der nationalen und internationalen Daten davon auszugehen, dass eine **quantitative Nachfrage** insbesondere nach Plätzen für unter 3-Jährige (zumindest 15.000 Plätze) und für Kinder im Schulalter besteht, wobei bei letzteren abzuwarten bleibt, ob und inwieweit das zugesagte zusätzliche Betreuungsangebot an Schulen den vorhandenen Bedarf zu decken in der Lage ist. Bei den 3- bis 5-Jährigen (quantitativer Bedarf von rund 5.000 bis 10.000 Plätzen) bzw. bei den Kindergärten steht bereits eine Verbesserung der Öffnungszeiten, die sich auch im Vergleich mit anderen Betreuungsformen als recht mangelhaft erweisen, im Vordergrund. Insgesamt wären über alle Altersgruppen bei rund 40.000 Betreuungsplätzen **qualitative Verbesserungen** (insbesondere Öffnungszeiten) vorzunehmen.

Allerdings ist darauf zu verweisen, dass gemessen an **internationalen Benchmarks** (vgl. die Barcelona-Ziele weiter oben) bzw. Best-Practices wie in Frankreich oder Schweden die Betreuungslücke weit höher ausfallen würde. Bezogen auf schwedische Betreuungsquoten würden in Summe mehr als 650.000 Betreuungsplätze fehlen. Wenn auch diese Quoten nicht 1:1 auf Österreich übertragen werden können, so zeigen doch die Daten des Mikrozensus im Zeitverlauf (1995 vs. 2002), dass bei den unter 6-Jährigen die Nachfrage nach Betreuungsplätzen trotz des massiven quantitativen und qualitativen Ausbaus des Angebots noch gestiegen ist. In diesem Sinne wäre davon auszugehen, dass erst ein entsprechendes **Angebot** an Betreuungsplätzen die diesbezügliche **Nachfrage** produziert, da ansonsten wegen Aussichtslosigkeit keine Bedarfsangabe erfolgt bzw. eine Art Gleichgewicht bei Unterbetreuung entsteht. Auch wäre anzunehmen, dass es erst im Laufe der Zeit in Österreich gesellschaftlich „akzeptiert“ wurde, außerhäusliche Betreuung für Kleinstkinder zu wünschen und auch zu nutzen.

Zwei empirische Beispiele anhand von Daten aus **OECD-Ländern** zeigen, wie wichtig der weitere Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen für Kinder aller Altersgruppen aus arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischer Sicht ist: **höhere Betreuungsquoten** von **Kleinstkindern** unter 3 Jahren ermöglichen einen deutlich **früheren Wiedereinstieg** von Frauen ins Erwerbsleben und erhöhen langfristig auch die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern im Alter von 3 bis 5 Jahren. Kleinstkindbetreuung erhöht nicht nur die Beschäftigungsquote von Müttern mit Kindern dieser Altersgruppe, der Effekt geht deutlich darüber hinaus. Noch stärker ist der **Zusammenhang** zwischen der **Betreuungsquote** von Kindern im **Schulalter** und dem **Vollzeitbeschäftigungsanteil** beschäftigter Frauen mit Kindern dieser Altersgruppe: je höher die Betreuungsquote, desto höher der Vollzeitanteil.

Erst ein engmaschiges Betreuungsnetz ermöglicht es Frauen mit Schulkindern, ihre qualifizierten Jobs wieder aufzunehmen. In Ländern wie Österreich hingegen führt der Mangel an Nachmittagsbetreuungsmöglichkeiten für Schulkinder zu langen Teilzeitkarrieren von Frauen, die weder eine Rückkehr in ausbildungsadäquate Jobs noch finanzielle Unabhängigkeit sicherzustellen vermögen.

Auch gibt es in Österreich eine nicht zu vernachlässigende Anzahl von derzeit nicht erwerbstätigen bzw. teilzeitbeschäftigten Müttern, die in direkter Befragung angibt, bei einer **Verbesserung des Angebots** an Betreuungseinrichtungen eine (Vollzeit)Erwerbstätigkeit aufnehmen zu wollen: rund 25.000 derzeit nicht berufstätige Mütter streben in diesem Fall eine Teilzeiterwerbstätigkeit an, weitere 25.000 derzeit entweder nicht berufstätige oder Teilzeit beschäftigte Mütter würden eine Vollzeitbeschäftigung anvisieren. Somit würde sich nach eigenen Angaben eine große Zahl von Müttern **für eine Berufstätigkeit entscheiden**, wenn sie sich darauf verlassen könnten, eine optimale und flexible Betreuung für ihre Kinder vorzufinden.

Es steht heute außer Frage, dass Eltern die Möglichkeit haben sollen, **Beruf und Familie** nach ihren Vorstellungen zu **vereinbaren**. Ebenso besteht kein Zweifel daran, dass in Zukunft aufgrund **demographischer Entwicklungen** die **Sicherstellung** eines ausreichenden **Arbeitskräfteangebotes** aller Bevölkerungsgruppen, also insbesondere auch von Frauen mit Kindern, notwendig sein wird. Und drittens wird es immer wichtiger werden, **vorhandene Humanressourcen** zu **nützen** und Menschen aller Altersgruppen entsprechend ihrer Möglichkeiten und Fertigkeiten zu beschäftigen. Keiner dieser drei Aspekte ist heute in Österreich sichergestellt. Immer noch stehen Eltern bzw. Frauen vor der Entscheidung „Kind oder Karriere“; immer noch scheiden Frauen vorzeitig aus ihrem Beruf aus oder kehren jedenfalls nicht mehr in ihre Karrierepfade zurück; und, immer noch müssen berufsorientierte Frauen einen etwaigen Kinderwunsch oftmals zurückstellen – was einer der Erklärungsgründe für die niedrige Geburtenrate in Ländern wie Österreich (aber auch Deutschland oder der Schweiz) ist.

All diese **Probleme verlangen** nach einem **massiven Ausbau** der **Kinderbetreuungsmöglichkeiten** – so wie es sich die Regierung im Rahmen der Barcelona-Ziele der Europäischen Union auch selbst vorgenommen hat. Je rascher diese Ziele verwirklicht werden, desto besser. Angesichts beschränkter öffentlicher Ressourcen wird es in diesem Zusammenhang notwendig sein, über **Umschichtungen** weg von **Geldleistungen** – mit großzügigen Familienbeihilfen, Kinderabsetzbeträgen und Kinderbetreuungsgeldern – und hin zu adäquateren **Sachleistungen** nachzudenken. Diese könnten u.a. auch eine Umleitung von Mitteln ins Schulsystem zur Ermöglichung einer ganztägigen Betreuung in der Schule – die ja zur Zeit politisch angestrebt wird – inkludieren. Das Problem der unterschiedlichen Zuständigkeiten für Kinderbetreuung (Länder) und andere Familienleistungen (Bund) macht die Angelegenheit in der Praxis zwar schwieriger, ist aber kein Grund, die notwendigen Änderungen nicht vorzunehmen.

Über das Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

Eine zwischenstaatliche Organisation in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, befasst mit allen Aspekten von Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

Das Europäische Zentrum wurde 1974 in Wien als Europäisches Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt gegründet, auf der Basis eines Übereinkommens zwischen den Vereinten Nationen und der österreichischen Bundesregierung als Gastland. Der Rechtsstatus ist der einer gemeinnützigen Institution, die den gesetzlichen Bestimmungen und der Gerichtsbarkeit des Gastlandes unterliegt. Übereinkommen zwischen dem Gastland und den Vereinten Nationen aus den Jahren 1978 und 1981 haben den Status des Europäischen Zentrums als einer autonomen zwischen-staatlichen Organisation in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen erneut bekräftigt. 1989 erfolgten eine Novellierung der Statuten und eine Änderung auf den heutigen Namen des Zentrums.

Die Kernfunktionen des Europäischen Zentrums

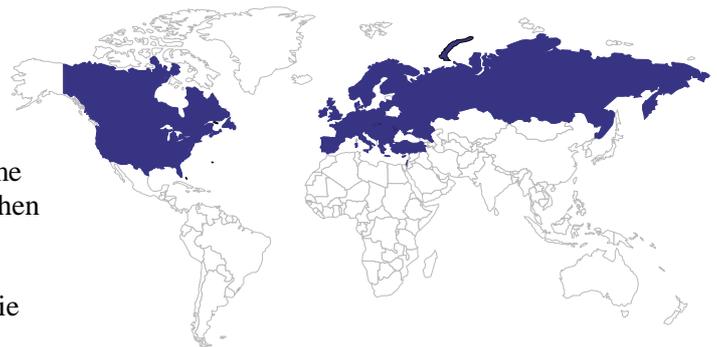
- ein internationales Zentrum angewandter Sozialwissenschaft und vergleichender empirischer Sozialforschung, mit dem Schwerpunkt auf Sozialpolitik und Wohlfahrt
- ein Informations- und Wissenszentrum, das sozialwissenschaftlich gestützte sozialpolitische Intelligenz über ein "Denk-Netzwerk" bereitstellt
- eine Plattform, die Debatten über zukunftsorientierte Politik und Strategien im Bereich sozialer Wohlfahrt in der UNO-Europäischen Region initiiert und mitträgt

... als Antwort auf neue Herausforderungen und charakterisiert durch

- Interdisziplinarität
- empirische Orientierung
- Politik- und Praxisorientierung
- länderüberschreitenden Horizont
- partnerschaftliche Netzwerk-Organisation
- Suche nach besten Praktiken
- Schwerpunkt auf intersektoralen Fragestellungen

Geographischer Wirkungsbereich

Alle Regierungen von Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, vor allem jene von Ländern der UNO-Europäischen Region, sind zur Teilnahme und Mitwirkung an den Aktivitäten des Europäischen Zentrums eingeladen. Daraus ergibt sich ein geographischer Wirkungsbereich potentieller Mitglieder von mehr als 50 europäischen Staaten sowie den USA, Kanada und Israel.



Mehr Informationen finden Sie auf <http://www.euro.centre.org>

Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung
Berggasse 17, 1090 Wien
Tel: +43 / 1 / 319 45 05 - 0
Fax: +43 / 1 / 319 45 05 - 19
E-Mail: ec@euro.centre.org